

**Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen**

(2. - öffentliche - Sitzung am 6. Dezember 2017)

**Beratungsthemen:**

**1. Unterrichtung durch das Niedersächsische Justizministerium über die Organisation des niedersächsischen Justizvollzugs**

*Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.*

**2. Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im niedersächsischen Strafvollzug:**

a) Besprechung des Unterrichtskatalogs

*Der Unterausschuss kam überein, den Unterrichtskatalog in der bisherigen Fassung für die neue Wahlperiode zu übernehmen.*

b) Besprechung besonderer Vorkommnisse

*Das Justizministerium unterrichtete den Unterausschuss über die Bearbeitung besonderer Vorkommnisse im Allgemeinen sowie über drei Vorkommnisse der letzten Zeit.*

**3. Besprechung von Geschäftsordnungsangelegenheiten**

*Der Unterausschuss beschloss, Anstaltsbesichtigungen in Zukunft grundsätzlich in nicht öffentlicher Sitzung durchzuführen. Er kam überein, über die Frage, ob Unterrichtungen über besondere Vorkommnisse in einer Justizvollzugsanstalt in öffentlicher oder in nicht öffentlicher Sitzung entgegengenommen werden sollen, in jedem Einzelfall zu entscheiden. Ist die der Unterrichtung im Ausschuss vorangehende schriftliche Information des Justizministeriums bereits als nicht öffentlich oder als vertraulich gekennzeichnet, so soll insoweit zu einem nicht öffentlichen bzw. vertraulichen Sitzungsteil eingeladen werden.*

**4. Besprechung des Terminplans**

*Der Unterausschuss besprach, welche Einrichtungen des Justizvollzuges er im Jahr 2018 besuchen könnte. Er fasste zunächst eine Reise zur Justizvollzugsanstalt Oldenburg und zur Justizvollzugsanstalt für Frauen in Vechta ins Auge.*